



politik.offen Newsletter

Mai 2019

Themen dieser Ausgabe u.a.:

- Positive Bilanz der Legislaturperiode 2014 bis 2019
- „Erfordernis und Hingabe“ im Sächsischen Landtag
- 30. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 1919 bis 2019 - Frauen verändern Politik und Gesellschaft

Mit Texten von Hanka Kliese, Benjamin Page, Kristina Seel und Florian Reichold

Liebe Leserinnen und Leser,

„Das machen Sie doch jetzt nur, weil Wahlkampf ist“, hört man in den letzten Wochen oft. Ungeachtet dessen, wie viele Jahre sich jemand schon für etwas engagiert - dieses Totschlagargument zählt immer. Auch deshalb haben wir als SPD-Landtagsfraktion keine Mühen gescheut, unsere Arbeit der vergangenen Jahre abzubilden. So gibt es sachsenweit Bilanzveranstaltungen, auf denen wir Rechenschaft über die letzten fünf Jahre im Landtag abgelegt haben.

Vieles hat sich zum Besseren verändert – die Situation der Lehrer/innen, bei der Polizei, beim Justizvollzug, in der Kultur, für Menschen mit Behinderungen... dennoch sind wir nicht am Ende der Arbeit angelangt.

Wir würden diesen Weg gern weiter gehen. Aber nicht um jeden Preis.

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren zu oft den Vorwurf einstecken müssen, sie sei machtversessen, auch wenn es manchmal nur Verantwortungsbewusstsein war, was sie in Koalitionen trieb. Etwas mehr Selbstbewusstsein sollte uns dennoch nicht schaden.

Eine angenehme Lektüre wünscht

Hanka Kliese

Die Chemnitz-Bilanz
(von Benjamin Page)

ZAHLEN UND FAKTEN

WAS HAT DIE SPD IM LANDTAG FÜR CHEMNITZ ERREICHT?

Vor fast fünf Jahren übernahm die SPD die Regierungsverantwortung im Freistaat. Die zentralen Forderungen der Sozialdemokraten im Wahlkampf 2014 lauteten bessere Kitas, mehr Lehrer, faire Löhne, mehr Sicherheit und solide Finanzen.

Ist es der SPD-Fraktion gelungen, die Wahlversprechen in der Legislaturperiode einzulösen? Um diese Frage zusammen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu erörtern, trafen sich am 15. Mai 2019 die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hanka Kliese, Jörg Vieweg, Dirk Panter und Sabine Friedel in Chemnitz.

Eine 180-Grad-Wende

Der Fraktionsvorsitzende Dirk Panter erklärte mit Blick auf die selbstgesetzten Ziele im Wahlkampf von 2014: „Wir konnten [...] alle unserer zentralen Forderungen umsetzen und haben an entscheidenden Stellen eine 180-Grad-Wende ermöglicht. In einem ersten Schritt konnten wir die schlimmsten Fehler der schwarzgelben Vorgängerregierung reparieren. Mit den beiden Doppelhaushalten 2017/18 sowie 2019/20 haben wir [...] begonnen, den Freistaat neu zu gestalten. Mit vielen Maßnahmen, wie der Schulsozialarbeit, umfassenden Investitionen in die Kultur, die Wissenschaft, die Kitas und Schulen konnten wir dabei stabile Weichen für die Zukunft unseres schönen Bundeslandes stellen. Dank uns ist der Personalabbau bei Lehrern, Polizisten, den Gerichten und der öffentlichen Verwaltung gestoppt und das sächsische Spardiktat durchbrochen. Es wird wieder eingestellt. Das Land investiert in bessere Kindergärten, Schulen und Hochschulen, kulturelle und soziale Einrichtungen, Jugendarbeit, in den sozialen Wohnungsbau in den Städten und bessere Mobilität im ländlichen Raum.“

Mit Blick auf ihre Stadt, konnten Hanka Kliese und Jörg Vieweg dem Publikum eine nicht weniger beeindruckte Bilanz verkünden. Hier sind ihre größten Errungenschaften auf einen Blick zusammengefasst.

INVESTITIONEN MIT UNTERSTÜTZUNG DES LANDES (AUSWAHL)

1. SANIERUNG UND KAPAZITÄTserWEITERUNG IM SPORTFORUM CHEMNITZ

- Maßnahme: Umbau der Kleinen sowie der Großen Kunstturnhalle
- Fördervolumen Bund: 1 Million Euro
- Fördervolumen Freistaat: rund 3,2 Millionen Euro

2. SANIERUNG DES SPORTHALLENKOMPLEXES MARKERSDORFER STRASSE

- Maßnahme: Energetische Sanierung
- Fördervolumen Freistaat: rund 870.000 Euro

3. UMBAU DER RICHARD-HARTMANN-HALLE

- Maßnahme: Erneuerung des Sportbodens
- Fördervolumen Freistaat: rund 225.000 Euro

4. NACHHALTIGE SOZIALE STADTENTWICKLUNG

- Maßnahme: „SELFMADE – Kompetenztraining für Langzeitarbeitslose“
- Fördervolumen EU und Freistaat (ESF): rund 174.000 Euro

5. „UMWELTBILDUNG SAATGUTGARTEN“

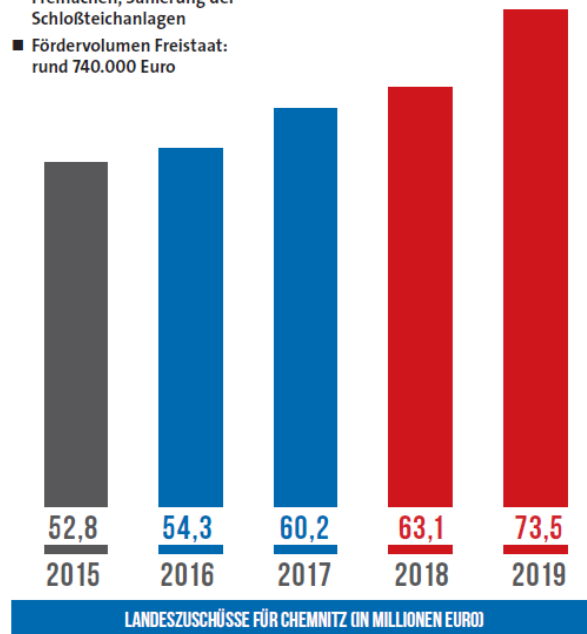
- Maßnahme: Fortsetzung des begonnenen Vorhabens für Kinder und Jugendliche
- Fördervolumen Freistaat: rund 20.400 Euro

6. PROJEKT „MEHREGENERATIONENHAUS IRKUTSKER STRASSE 15“

- Maßnahme: Umbauen verschiedener Bereiche
- Fördervolumen Freistaat: rund 175.000 Euro

7. PROJEKT „GRÜNZUG PLEISSENBACH“

- Maßnahme: Schaffung von Grün- und Freiflächen, Sanierung der Schloßteichanlagen
- Fördervolumen Freistaat: rund 740.000 Euro



FÖRDERPROGRAMM BRÜCKEN IN DIE ZUKUNFT

- 3,6 Millionen Euro für die Kita „Im Hutholz“
- 1,8 Millionen Euro für die Sanierung und Erweiterung der Kita „Reichenhainer Wichtelberg“
- 1,1 Millionen Euro für die Kita an der Usti nad Labem 197
- 3,6 Millionen Euro für die Sanierungen der Janusz-Korczak-Behindertenschule in Morgenleite
- 2,2 Millionen Euro für die Teilsanierung der Grundschule Harthau
- 3,8 Millionen Euro für die Sanierung von zwei Turnhallen an der Oberschule Arnoschreiter-Straße
- 1,6 Millionen Euro für die Sanierung und Erweiterung der kleinen Turnhalle im Sportforum
- 2,5 Millionen Euro für die Sanierung der Kita „Ranftstraße Im Hutholz“

WICHTIGE VERBESSERUNGEN FÜR CHEMNITZ

2 Millionen Euro für den Umbau des ehem. **KASS-BERGGEFÄNGNISSES** zum Lern- und Gedenkort

3 Millionen Euro für **TUCLAB** (Gründungsförderung an der TU Chemnitz)

1,35 Millionen Euro für 15 neue Busse bei der **CVAG** allein in 2018

1,38 Millionen Euro für die Erweiterung der **NOT-AUFNAHME** im DRK Krankenhaus Rabenstein

26 Millionen Euro für den **HOCHWASSERSCHUTZ** an der Würschnitz

500.000 Euro für die **INDUSTRIEAUSSTELLUNG 2020**, Standort Chemnitz

2,4 Millionen Euro für die Vorplanung der **ZUG-STRECKE CHEMNITZ-LEIPZIG**

100.000 Euro für die Bewerbung zur **KULTUR-HAUPTSTADT 2025**

452.536 Euro für **SCHULSOZIALARBEIT** in Chemnitz

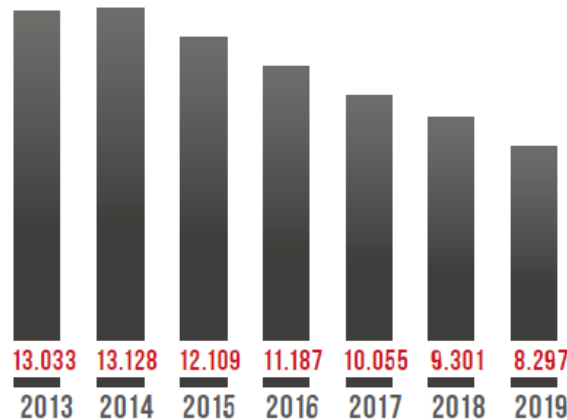
1 Millionen Euro für den Bau eines **10 MEGAWATT BATTERIESPEICHERS** zur Stabilisierung der Stromspeisung aus sich erneuernden Energien

Entfristung der **LEHRAMTSAUSBILDUNG** an der TU Chemnitz

Finanzielle Verbesserung für **LEHRERINNEN UND LEHRER** mit einer Ausbildung in der DDR, sowie für Grundschullehrer

Fördermittel für den **BREITBAND-AUSBAU**

6,21 Millionen Euro für Sanierung und Erweiterung der **SPRACHHEILSCHULE ERNST BUSCH**



ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT (ANZAHL IN CHEMNITZ, JEWEILS MÄRZ)

Wer glaubt die Veranstaltung bestand ausschließlich mit dem Verlesen von Erfolgsmeldungen, der irrt sich. Wenngleich Vieles erreicht werden konnte, richteten die Sozialdemokraten auch einen kritischen Blick auf ihre Arbeit. Sie erläuterten dem Publikum, auf welchen Politikfeldern sie noch Handlungsbedarf sehen und welche Herausforderung sie noch angehen möchten.

Zentrale politische Herausforderungen

So warnte Jörg Vieweg mit Blick auf die aktuelle CO2-Steuer-Debatte vor einer einseitigen Umsetzung. Er forderte, anstatt neuer Steuern und Abgaben, das energiewirtschaftliche Gesamtsystem zu überprüfen, um Ineffizienz, Widersprüche und Überregulierung abzubauen.

Neben einer verantwortungsbewussten Klimapolitik erachtet Hanka Kliese längeres gemeinsames Lernen, kulturelle Bildung, qualitative sowie quantitative Verbesserungen in der Pflege als zentrale politische Herausforderungen der Zukunft. Einigkeit unter den Abgeordneten bestand darin, diese Herausforderungen gemeinsam mit ihrer Partei

anzugehen und zu meistern.

**WAS HAT DIE SPD
VON 2014 BIS 2019 IM
LANDTAG FÜR SACHSEN
GEMACHT?**

WWW.SPD-FRAKTION-SACHSEN.DE/2014-BIS-2019

Mehr Informationen zu Erfolgen der sozialdemokratischen Regierungspolitik von 2014 bis 2019 auf Landesebene erhalten Sie **HIER**

**„Erfordernis und Hingabe“ im Landtag
(von Hanka Kliese)**



Nun sind sie auf den Fluren des Landtages zu sehen: Portraits arbeitender Menschen, das berühmte "Gutmännlein" in seiner kartoffelartigen Gestalt und andere Hinter-Glas-Malereien des Chemnitzer Künstlers Jan Kummer. Die Vernissage eröffnet mit einer wirkungsvollen Einführung der Kunstvermittlerin und Schauspielerin Beate Düber. Sie wies darauf hin, wie lange es unüblich war, Menschen bei der Arbeit überhaupt auf Bildern zu zeigen - über Jahrhunderte spielte dieser wesentliche Teil des Lebens in der Malerei keine Rolle.

Alte und neue Formen der Arbeit

Die anschließende Diskussion mit dem Künstler sowie Dr. Hartmut Mangold, Staatssekretär im SMWA, und Dr. Christian Papsdorf von der Technischen Universität

Chemnitz widmete sich den alten und neuen Formen der Arbeit. Papsdorfs Forschungen belegen, dass Menschen kompetenter mit den Verführungen der ständigen Erreichbarkeit umgehen, als vermutet. Jan Kummer beschrieb eindrücklich seinen Alltag als freischaffender Künstler und Vater, dessen Kinder durch ihn an einen anderen Arbeitsalltag gewöhnt wurden, als ihn die Personen haben, die wir auf Kummers Bildern sehen. Etwa ein Oberkellner mit autoritärem Charme, der angestrenzte Bäcker oder der Kraftfahrer. Sie alle und weitere Portraits können noch bis Ende Juni in der zweiten Etage des Sächsischen Landtages bei der Arbeit betrachtet werden.

Wie erinnern? 30 Jahre Bautzen-Forum (von Benjamin Page)



Vor 30 Jahren lud die Friedrich-Ebert-Stiftung zum ersten Mal zum „Bautzen-Forum“ ein, heute zählt das Symposium zu den wichtigsten Veranstaltungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In diesem Jahr befasste sich das Forum mit der Thematik „Wie erinnern? Zum Umgang mit dem SED-Unrecht 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution“. Um diese – nicht unstrittige – Frage zu klären, setzten die Veranstalter auf ihr altbewährtes Rezept bestehend aus Vorträgen und Podiumsgesprächen, die dem Publikum genügend Raum für Nachfragen bieten.

Kontroverse Diskussionen

Mitunter kontrovers diskutierten die Teilnehmer des ersten Podiums zum Thema „30 Jahre Aufarbeitung der SED-Diktatur – wie weiter?“ über die Aufgabe von politischer Bildung und Diktaturaufarbeitung. Während Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, ein Zusammenwirken dieser Bereiche für eine Notwendigkeit erachtet, plädierte der Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung Thomas Krüger für eine Trennung von politischer Bildung und Diktaturaufarbeitung.

Geschichtsklitterung vorbeugen

Wie wichtig Diktaturaufarbeitung im Kontext der politischen Bildung ist, belegte der Vortrag von Norbert Hanisch zum Umgang sächsischer Schülerinnen und Schüler mit DDR-Geschichte(n). Im Rahmen seiner Dissertation wertete er Gespräche mit Jugendlichen zum Thema DDR aus. Das Fazit seiner Studie lautet u.a.: Familiäre Erzählungen sind für die Schüler von großer Bedeutung, um die Geschichte der DDR begreifbar zu machen. Allerdings fiel es den Befragten schwer, diese Geschichten kritisch zu kontextualisieren. Hier kann der Ansatz von Anna Kaminsky als Korrektiv dienen, um einer Geschichtsklitterung vorzubeugen.



Phantomschmerz DDR?

Auf dem letzten Podium des Forums mit dem Titel „Phantomschmerz DDR“, erörterten Hanka Kliese (MdL), Stephan Hilsberg (ehem. Bürgerrechtler DDR), Prof. Raj Kollmorgen (Hochschule Zittau/Görlitz), Lukas Rietzschel (Autor) sowie der Moderator Robert Burdy (MDR) die gegenwärtige Bürgergesellschaft und das Demokratieverständnis in Ostdeutschland unter dem Titel „Phantomschmerz DDR?“.

Romantisierung der Vergangenheit

Auf die Frage des Moderators wie ein solcher Schmerz heute in Erscheinung trete, verwies Hanka Kliese auf Äußerungen wie „In der DDR hat es noch wahrhaftige Nachbarschaftshilfe gegeben.“ und die Behauptung, die Gesellschaft sei insgesamt solidarischer gewesen als die gegenwärtige. Sie argumentiert, dass die Unzufriedenheit von vielen Menschen im Osten der Bundesrepublik, mit der Romantisierung ihrer Vergangenheit in der DDR korreliere. Gerade dieses Empfinden nutzten Populisten aus, um sich bei Wahlen einen Vorteil zu verschaffen.

Prof. Raj Kollmorgen pflichtete der Politikerin bei. Er ergänzte, dass der Begriff „Ostalgie“ diesen Umstand weitaus besser beschreibe als Phantomschmerz. Der Wissenschaftler begrenzt die Vergangenheitsverklärung nicht auf die DDR allein, er erachtet sie vielmehr als ein allgemeines Phänomen, das mit einem gewissen zeitlichen Abstand auftritt. Eine vergleichbare Entwicklung sei auch nach dem Untergang des Kaiserreichs evident gewesen.

Unzufriedenheit als Folge angehäufter politischer und wirtschaftlicher Enttäuschungen

Als Ursachen für die zunehmende Unzufriedenheit der Ostdeutschen nannte Kollmorgen u.a. die zunehmende Abwanderung junger Menschen sowie ein Anhäufen von politischen und wirtschaftlichen Enttäuschungen seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Diese Entwicklung begünstigte auch die fundamentale Kritik an den „etablierten Parteien“ und ermöglichte die Wahlerfolge der AfD in den neuen Bundesländern.

Mit Blick auf die Friedliche Revolution wandelte Stephan Hilsberg Hermann Hesses viel bemühtes Zitat ab: „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der verfliegt“. Vieles habe man als DDR-Bürger lernen müssen, wer hier etwas erreichen möchte, müsse seinen Mund aufmachen, so Hilsberg.

Ein bewährtes, wichtiges Format

Dies sind nur einige wenige Momentaufnahmen, die jedoch in ihrer Kürze die Attraktivität des Bautzen-Forums zur Geltung bringen. Hier treffen sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Medien, Bildung und Politik, um sich mit Zeitzeugen der Diktatur auszutauschen. Die Stärke des Bautzen-Forums liegt nicht darin, die Vergangenheit bis ins kleinste Detail auszuleuchten, sondern die Diktatur und ihr Funktionieren zu hinterfragen, ohne die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Entwicklung außer Acht zu lassen.

1919 bis 2019 – Frauen verändern Politik und Gesellschaft (von Kristina Seel)

100 Jahre ist es her, dass Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen und sich wählen lassen durften. Während Deutschland 1918 mit der Einführung des Wahlrechts für Frauen und Männer zum Vorreiter gehörte, hatte der weibliche Teil der Bevölkerung in vielen älteren Demokratien wie Großbritannien, USA und Frankreich dieses Recht noch nicht inne. 1919 zogen mit dem aktiven und passiven Wahlrecht 37 Frauen in die Nationalversammlung ein. Der Frauenanteil von fast acht Prozent wies damals den höchsten Wert weltweit aus.



Er sollte im Bundestag erst in den 1980er Jahren wieder erreicht und überschritten werden. Eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern gab es jedoch noch nie im Deutschen Bundestag. Nach der Bundestagswahl 2013 war der Frauenanteil mit 36,5 Prozent der bisher größte, welcher leider nach der letzten Bundestagswahl auf 31 Prozent sank. Heute – und damit blicke ich auf das Wahljahr 2017 – weist der Frauenanteil das schlechteste Ergebnis seit 20 Jahren auf. Das Sinken des Anteils der weiblichen Abgeordneten verdeutlicht einen negativen Trend.

Der Blick auf die Parlamente der Bundesländer im gleichen Jahr zeigt, dass der Frauenanteil dort schwankt. In Baden-Württemberg beträgt der Frauenanteil beispielsweise nur 24,5 Prozent. Im Gegensatz dazu ist der Anteil von weiblichen Abgeordneten in Thüringen mit 40,6 Prozent der höchste Deutschlands. Auf der kommunalen Ebene sind die Frauen mit durchschnittlich 27 Prozent schlechter vertreten als auf der Landesebene. Nur zehn Prozent der Posten der Oberbürgermeister und Landräte sind von Frauen besetzt.

Allgemein lässt sich festhalten, dass im europäischen und internationalen Vergleich Deutschland mit dem Frauenanteil in nationalen Parlamenten nicht besonders gut dasteht. Um diese These zu stützen, lasse ich die folgenden Zahlen unkommentiert stehen. Belgien und Island haben einen Frauenanteil von 38 Prozent, Frankreich und Spanien haben einen Anteil von 39 Prozent. Im Norden Europas nehmen Norwegen mit 41 Prozent, Finnland mit 42 Prozent und Schweden mit einem Frauenanteil von 46,1 Prozent die vorderen Plätze ein.

Legitimation und Repräsentation

Im Folgenden möchte ich auf zwei Gründe eingehen, warum sich der Anteil der Frauen in den Parlamenten erhöhen muss. Zum einen wegen der Legitimation, denn inwieweit kann ein Land demokratisch vertreten werden, in dem zwar die Hälfte der Wahlberechtigten weiblich, im Parlament jedoch nur ein Drittel der Gewählten Frauen sind? Und zum anderen steht die Repräsentation, denn die Repräsentation in der Regierung und den Parteien ist eine Grundvoraussetzung für die repräsentative Demokratie. Das lässt sich unter anderem in die deskriptive Repräsentation einteilen. Diese beschreibt wie stark Frauenthemen bei Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden, denn die Repräsentation weist auf einen Zusammenhang von Geschlecht und politischem Handeln hin.

Nationale und internationale Erfahrung zeigen, dass eine Frau in der Regierung nicht unbedingt Frauenpolitik macht. Das lässt die Frage aufkommen, was Frauenpolitik überhaupt ist. Als Beispiele hierfür werden oft Kinder-, Jugend- und Familienpolitik genannt. In der Regel gilt aber, dass die Parteizugehörigkeit das Geschlecht übertrumpft.

Jedoch liegt die Zuordnung von Frauen zu bestimmten Themen an gesellschaftlichen Lebensrealitäten. Denn was frauenspezifisch ist, ändert sich, wenn sich die Lebenssituation von Frauen ändert.

Viele Frauen machen, vor allem am Anfang ihrer politischen Laufbahn schlechte Erfahrungen mit ihren männlichen Kollegen. Ihr Aussehen steht eher im Vordergrund als ihre Kompetenz. Wenn man jünger ist wird einem per se Unwissenheit unterstellt, auch dauert es deutlich länger bis man ernst genommen wird. Dies erfordert deutlich mehr Zeitaufwand. Auch findet eine höhere Beurteilung beziehungsweise Aburteilung statt, viel häufiger als es bei Männern der Fall ist. Kriterien wie eine hohe Stimme oder ein zarter Händedruck wirken sich nachteilig aus. Bei Reden von weiblichen Abgeordneten in politischen Ämtern fokussieren sich die Hörer auf andere Aspekte, wie Aussehen und Klang der Stimme, was dafür sorgt, dass der Inhalt in den Hintergrund tritt. Sehr gut lässt sich das Belächeln junger Frauen aktuell auch am Beispiel Greta Thunberg erläutern.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass je konservativer das Frauenbild einer Partei ist, desto geringer ist ihr Frauenanteil in den politischen Ämtern und desto mehr beschränkt sich Frauenpolitik auf Familienpolitik. Auch sagt die Geschlechterverteilung im Parlament viel über die Geschlechterrollen und Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft aus, aber nur wenig darüber, ob dort auch feministische Politik gemacht wird.

Die Kanzlerin

Eine Kanzlerin macht noch keine Geschlechtergerechtigkeit. Obwohl seit 2005 eine Kanzlerin regiert, ist der Frauenanteil im Bundestag so gering wie seit 1994 nicht mehr. Obwohl Angela Merkel eine große symbolische Wirkung als erste deutsche Kanzlerin hat und die mächtigste Politikerin der Welt ist, nahm der Frauenanteil in ihrer Regierungszeit stetig ab. Dies führt zu der Erkenntnis, dass es nicht nur einen Stillstand geben kann, sondern auch Rückschritte möglich sind. Das zeigt einen großen Handlungsbedarf auf.

Nicht nur in Führungspositionen fehlt es an Frauen, auch in den Parteien ist der Anteil von Frauen gering. 2018 haben die Grünen einen Frauenanteil von 39 Prozent, die Linke liegt bei 37 Prozent, bei der SPD sind es 32 Prozent, bei der CDU 25 Prozent, bei der FDP 21,9 Prozent, der CSU 20 Prozent und die AfD bildet mit einem Anteil von 16 Prozent das Schlusslicht in der Parteienlandschaft. Als Erklärungsansatz hierfür wird oft das geringe Interesse an Parteipolitik genannt, obwohl viele Frauen beispielsweise bei Demonstrationen und Bürgerinitiativen sehr aktiv sind. Um innerhalb einer Parteihierarchie aufzusteigen muss man viel Zeit investieren.

Viele Frauen machen zudem die Erfahrung, dass sie bei Gremiensitzungen für Protokolle zuständig sind, was eher abschreckt statt bindet. Auch bleibt keine Zeit für das Bier oder den Wein danach. In diesem Aspekt merkt man auch deutliche Unterschiede zwischen kinderlosen Frauen und Müttern. Hier möchte ich mich gern für eine Solidarität innerhalb von Frauen aussprechen. Für Männer wirken sich Kinder nicht oder nur unerheblich auf ihre (politische) Karriere aus. Für Frauen hingegen scheint sich noch immer die Frage zu stellen: Politik oder Familie?

Die Quoten verändern zwar erfolgreich die Rekrutierungsmuster der Parteien, nicht aber die tradierte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Hierbei ist eine Zusammenarbeit beider Geschlechter notwendig.

Auch gibt es einen deutlichen Unterschied in den Berufsgruppen, denn zwei Drittel aller Parlamentarier/innen sind aus dem öffentlichen Dienst, da es in diesem Berufsfeld am besten möglich ist, den Beruf ruhen zu lassen, wenn man in die Politik geht.

Impuls

Zum Abschluss möchte ich gern das Paritätsgesetz nach französischem Vorbild erwähnen. Es ist lohnenswert eine Parität bei Listenaufstellungen und Direktmandaten auf allen Ebenen herzustellen. Der Blick in den deutschen Bundestag zeigt, dass der Frauenanteil in unmittelbarem Zusammenhang dazu steht, wie Parteien ihre Listen aufstellen. Eine signifikante Erhöhung des Anteils weiblicher Abgeordneter gab es erst, als die Grünen 1983 mit ihren quotierten Listen in den Bundestag einzogen. Der Frauenanteil im Bundestag vertretenen Parteien liegt ab 2017 bei den Grünen, der Partei Die Linke und der SPD zwischen 42 Prozent und 58 Prozent und bei der CDU/CSU, FDP und AfD nur zwischen 10,9 und 23,8 Prozent. Es liegt also nicht fern über quotierte Listen nachzudenken, um die

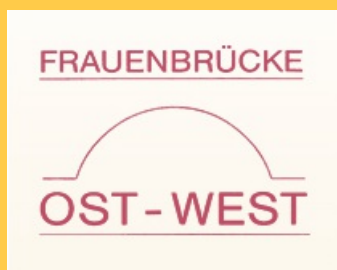
gleichberechtigte politische Partizipation von Frauen zu gewährleisten. Um die 50-Prozent-Marke zu erreichen müsste das Wahlrecht geändert und eine gesetzliche Pflicht zur Aufstellung geschlechterparitätischer Wahllisten eingeführt werden.

Schluss

Erst wenn Frauen und Männer wirklich frei entscheiden können, wo sie die Prioritäten in ihrem Leben setzen wollen, ohne auf Beruf, Familie oder gesellschaftliches Engagement zu verzichten und ihnen keine Hürden auferlegt werden, ist das Ziel erreicht. Ich hoffe, dass wir keine weiteren 100 Jahre drauf warten müssen.

„Es ist Zeit, das Versprechen auf Geschlechterdemokratie, welches mit dem Frauenwahlrecht 1919 erstmals verbindlich gegeben wurde, nun auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit einzulösen.“

(Prof. Ulrike Lembke)



Vom 22. bis 24. März 2019 fand in Weimar das Frühjahrsforum der „Frauenbrücke Ost-West“ statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde der Text erstmalig vorgetragen.

**Teilhabe ist Menschenrecht - Wir haben die Inklusion
vorgebracht**
(von Hanka Kliese)



Teilhabe ist ein Menschenrecht. Den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung für Menschen mit Behinderung hat die SPD vor 2014 oft genutzt, um ihre Forderungen an die Regierung zu formulieren. Sachsen hat in den vergangenen Jahren mit der SPD in der Regierung deutliche Schritte nach vorn gemacht.

Umsetzung aller im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben - weiterer Handlungsbedarf

Wenn der Landtag im Juli wie angekündigt auch noch das Inklusionsgesetz verabschiedet, haben wir alle im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben umgesetzt. Bei allen Erfolgen – es gibt weiteren Handlungsbedarf. Zum Beispiel ist die Inklusion in den Schulen wie auch im Berufsleben noch nicht auf dem Stand, den sich die Betroffenen selbst und wir uns wünschen. So werden wir auch genau beobachten, wie das Bundesteilhabegesetz in Sachsen wirkt und ob sich daraus neue Aufgaben ergeben.“

Verbesserung der Inklusion in allen Lebensbereichen

Zu unserer Bilanz gehört, dass Sachsens Regierung inzwischen einen Aktions- und Maßnahmeplan hat, um Inklusion in allen Lebensbereichen zu verbessern. Ein Resultat dessen ist auch die Kampagne „Behindern verhindern“. Unsere Hochschulen haben eigene Aktionspläne für die Inklusion erarbeitet. Mit dem neuen Schulgesetz haben wir einen Weg gefunden, Inklusion Schritt für Schritt umzusetzen – um niemanden zu überfordern und Frust zu vermeiden. Zudem wurde in Sachsen nach fast 20 Jahren endlich die finanzielle Unterstützung für blinde Menschen, aber auch für Gehörlose, schwerbehinderte Kinder und Menschen mit starker Sehbeeinträchtigung deutlich erhöht. Erstmals erhalten jetzt auch taubblinde Menschen einen monatlichen Nachteilsausgleich.

Dass wir alle Versprechen halten konnten, macht uns zufrieden, aber nicht selbstzufrieden. Manches hätte durchaus schneller gehen können. Und wir wissen: Inklusion ist ein niemals endender Prozess.

„Chemnitz: Aufbruch und Werden“



Chemnitz wird sich um den Titel der Kulturhauptstadt für das Jahr 2025 bewerben. Ein Griff nach den Sternen?

Zu diesem Thema fand am 20. Mai 2019 eine Podiumsdiskussion in der Villa Esche

statt. Mit dabei war Hanka Kliese. Mit Klick auf das Bild geht es zur kompletten Sendung zum Nachhören in der Mediathek von MDR Kultur.

Information zur Datenschutzgrundverordnung

Seit dem 25. Mai 2018 ist die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in der gesamten Europäischen Union wirksam und sorgt für einheitliche Regelungen zum Schutz von personenbezogenen Daten. Sie stärkt vor allem die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Ihre persönlichen Daten (Name und E-Mail-Adresse) verwenden wir ausschließlich für den Versand unseres Newsletters sowie von Veranstaltungshinweisen. Wenn Sie diese Informationen weiterhin möchten, brauchen Sie nichts weiter unternehmen. Sie erteilen uns damit die Genehmigung, Sie weiterhin zu informieren. Mit Ihren Daten gehen wir sorgfältig um und sind um größtmögliche Sicherheit bemüht.

Sollten Sie mit dieser Verwendung nicht einverstanden sein, bitten wir Sie, eine E-Mail mit dem Wort „Nein“ an kontakt@hanka-kliese.de zu senden.

Ihre Einwilligung können Sie übrigens jederzeit mit einer E-Mail an kontakt@hanka-kliese.de widerrufen, und natürlich haben Sie bei künftigen Newsletter-Zusendungen auch die Möglichkeit zum Widerruf.

Haben Sie weitere Fragen zur Speicherung Ihrer Daten, melden Sie sich gern über unten stehende Kontaktdaten bei uns. Mehr zur DSGVO finden Sie z.B. unter diesem Link: www.datenschutz.org/dsgvo/

Bürgerbüro
Politik.offen

Hanka Kliese,
MdL

Georgstraße 18
09111 Chemnitz



SPD

Kontakt

0371 - 356 356 6

kontakt@hanka-kliese.de

Mein Team im Bürgerbüro

Benjamin Page

page@hanka-kliese.de

Florian Reichold

reichold@hanka-kliese.de

Kristina Seel

seel@hanka-kliese.de

Egmont Elschner

elschner@hanka-kliese.de

Tim Schulz

schulz@hanka-kliese.de

